

## **Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

### **Ausbildungssituation für Jugendliche im Land Bremen**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist auch auf dem Arbeitsmarkt in Bremen bereits spürbar geworden. Zwar federt die Kurzarbeit die Auswirkungen der Konjunkturschwäche noch ab, jedoch ist es nicht ausgeschlossen, dass die Ausbildungsstellen konjunkturabhängig weiter zurückgehen werden. Zwar meldete die Statistik der Agentur für Arbeit Ende März 2009 für das Land Bremen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen gemeldeten Bewerbern/-innen und gemeldeten Ausbildungsplätzen, dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die hiesigen Ausbildungsplätze auch in hohem Maße von jungen Menschen aus dem Umland nachgefragt werden. Im Ausbildungsjahr 2008 kamen 57,4 % der Auszubildenden aus dem Land Bremen, 42,6 % hatten ihren Wohnsitz in anderen Bundesländern.

Auch in konjunkturell guten Zeiten reichte das Angebot an Ausbildungsplätzen in Bremen nicht aus. Für einen wachsenden Teil der Jugendlichen gestaltet sich der Übergang von der Schule in den Beruf schon seit Jahren nicht reibungslos. Besonders betroffen sind vor allem junge Schulabgänger/-innen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss, Jugendliche mit Migrationshintergrund, aber auch Jugendliche aus einkommensschwachen Elternhäusern. Um Wartezeiten zu überbrücken, werden sie zunächst auf Maßnahmen des „Übergangssystems“ verwiesen. Rein rechnerisch wird die Ausbildungsbilanz dadurch stabilisiert, weil die dorthin vermittelten Jugendlichen als „versorgt“ gelten. Die angebotenen Maßnahmen bieten aber keine Garantie für eine vollqualifizierende Berufsausbildung im Folgejahr, wodurch die Zahl der „Altbewerber/-innen“ kontinuierlich ansteigt. Je länger der Schulabschluss zurückliegt, desto stärker wächst die Gefahr, dass die Jugendlichen ganz ohne Ausbildung bleiben.

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise dürfen die Anstrengungen, Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht nachlassen. Uns ist es wichtig, allen jungen Menschen in Bremen und Bremerhaven eine Perspektive zu geben.

Wir fragen den Senat:

1. Wie wirken sich die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nach Einschätzung des Senats auf den Ausbildungsmarkt in Bremen aus?
2.
  - a) Wie viele freie Ausbildungsplätze sind derzeit gemeldet, und wie viele Bewerberinnen und Bewerber stehen diesen Plätzen gegenüber?
  - b) Wie hoch ist der Anteil der betrieblichen Arbeitsplätze gegenüber den außerbetrieblichen?
3. Wie beurteilt der Senat die Vermutung der Agenturen für Arbeit, dass mehr Jugendliche als in den Vorjahren dem Besuch einer weiterführenden Schule der Suche nach einem Ausbildungsplatz den Vorzug geben? Lässt sich diese Vermutung anhand der Schüler/-innenzahlen der letzten drei Jahre erhärten? Wenn ja, welche Gründe gibt es dafür? Wenn nein, hat der Senat Kenntnisse darüber, welche Gründe es für die in der aktuellen Statistik ausgewiesene gesunkene Anzahl von Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern gibt und wo der Verbleib dieser Jugendlichen vermutet wird? Zu welchem Ergebnis kommen die Partner der Bremer Vereinbarungen bei der Analyse der Bewerbungsentwicklung?

4. Inwieweit sind folgende Ziele der Bremer Vereinbarungen (seit Beginn des neuen Bündnisses 2008) erreicht worden im Hinblick auf die
  - a) Erhöhung des Anteils betrieblicher Ausbildungsplätze,
  - b) Schaffung einer ausreichenden Anzahl außerbetrieblicher Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche und Migranten/-innen,
  - c) Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen,
  - d) Verbesserung der Integration von „Altbewerbern/-innen“ in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt,
  - e) Durchführung von gemeinsamen Nachvermittlungsaktionen der Agenturen für Arbeit, der BAGIS, der ARGE Job-Center Bremerhaven und der Kammern?
5. Welche Maßnahmen hält der Senat vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise für geeignet, um allen ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten?
6. Hält der Senat es für notwendig, spezielle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Ausbildungsangebote im Land Bremen stärker von Jugendlichen aus den Städten Bremen und Bremerhaven genutzt werden? Wenn ja, welche?
7. Welche Angebote gibt es speziell für die „Altbewerber/-innen“? Sieht der Senat zusätzliche Notwendigkeiten, um den „Berg“ von „Altbewerbern/-innen“ abzubauen? Wenn ja, welche?
8. Welche Anstrengungen werden vom Senat und den Partnern der Bremer Vereinbarung unternommen, um Leistungen der berufsvorbereitenden Maßnahmen auf eine Ausbildung anerkennbar zu machen?

Silvia Schön,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen